

„Einwanderung bereichert uns“

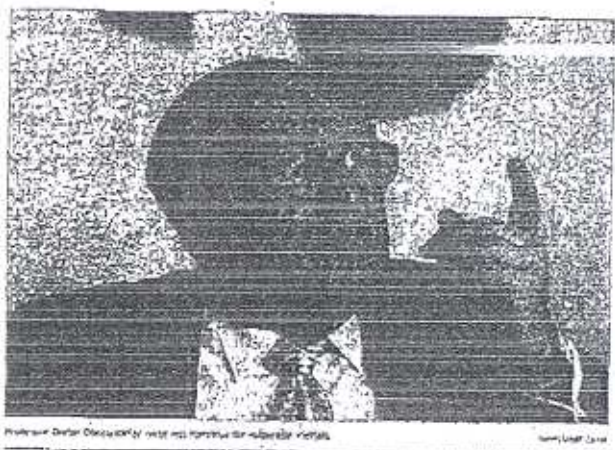
es klingt provokant und ist doch ernst gemeint: Integration ist für den Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer dann gelungen, wenn sich die Ausländer in Deutschland „wohl fühlen“.

Herr Oberndörfer, seit das Zuwanderungsgesetz scheiterte, ist ein Integrationsgesetz in der Debatte: der wohl kleinste Nenner, auf den sich Regierung und Opposition einigen könnten...

Da muss man abwarten, was so ein Gesetz enthält. Wenn zum Beispiel drinsteht, dass ein Ausländer nur Deutscher werden kann, wenn er gut Deutsch spricht, wird's schon kritisch. Denn es gibt Millionen Deutsche, die schlecht Deutsch sprechen, aber gute Staatsbürger sein können. Oder nehmen wir das politische Wissen: Umfragen unter deutschen Bürgern - etwa, wer Bundespräsident ist oder Ministerpräsident - sind manchmal desillusionierend. Man sollte keine überzogenen Maßstäbe an Ausländer anlegen, um dann zu sagen: Die integrieren sich ja nicht.

Wie definieren Sie denn Integration?

Die Ausländer, die hier leben und bleiben wollen, sind dann integriert, wenn sie sich hier wohl fühlen, Deutschland als ihre Heimat betrachten und wenn sie sich mit dieser Gesellschaft sowie diesem Staat identifizieren. Dazu gehört, dass sie sich an Recht und Gesetz halten und die Pflichten erfüllen, die hier jeder Staatsbürger erfüllen muss. Mehr kann man nicht verlangen, denn wenn man mehr verlangt, wird man zum Erziehungsdiktator. Das heißt, man macht den Leuten Vorschriften, die man Deutschen nie zu machen wagen würde.



Professor Dieter Oberndörfer stellt sich dem Thema der Einwanderung vor.

www.zeitung.de

Sie haben selbst diese Frage gestellt: Was ist eigentlich ein „integrierter Deutscher“?

Das ist der Punkt, der immer wieder übersehen wird, wenn wir Ausländern Integration abverlangen: dass man auch nicht definieren kann, wie sich ein integrierter Deutscher verhalten soll, außer dass er sich an die Gesetze hält. In Süddeutschland stört sich niemand daran, wenn ein Bayer Bayerisch spricht und ein Schwabe Schwäbisch. Katholiken haben sich inzwischen an Protestanten gewöhnt und umgekehrt. Das heißt, es kommt vor allem auf die Akzeptanz an. Wir sind eine pluralistische Gesellschaft mit kollektiven Lebenswelten, die aber Individualismus bejaht und Kultur nicht-normiert. Religion und Weltanschauung sind laut Grundgesetz frei.

Viele türkische Frauen sprechen auch nach 30 Jahren in Deutschland kaum Deutsch. Ist es nicht eine legitime Mindestforderung, die Landessprache zu lernen?

Wir müssen uns bemühen, das aufzubrechen, zum Beispiel Sprachkurse anzubieten für ausländische Frauen. Aber mit Zwang, das zeigen Beispiele aus Holland, erreicht man bei erwachsenen Menschen wenig.

Wichtig ist vor allem, dass man den Frauen beibringt, dass ihre Kinder Deutsch lernen müssen. Wenn die Kinder hier aufwachsen und die Landessprache nicht beherrschen, haben sie große Schwierigkeiten im späteren Berufsleben.

Was können wir also von den Ausländern erwarten, die zu uns kommen?

Dass sie sich an Recht und Gesetz halten. Auch an bestimmte Normen kultureller Art, zum Beispiel die Achtung vor Frauen. Und dass sie versuchen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, wie wir das von den meisten Mitbürgern erwarten. Wobei natürlich auch Ausländer, wenn sie Pech haben und arbeitslos werden, die Unterstützung bekommen müssen, die hier jeder bekommt. Da gilt das Gleichheits- und Solidaritätsprinzip.

In Deutschland stoßen Ausländer immer noch oft auf Misstrauen und Ablehnung.

Woher kommt diese Haltung?

Das hängt mit unserem Staatsverständnis zusammen, das sehr stark völkisch eingefärbt war. Echte Deutsche sind demnach nur Menschen mit deutschstämmigen Vorfahren. Das war ja das große Problem für

die deutschen Juden, die seit Generationen hier lebten, große berufliche Erfolge hatten, Frontkämpferverbände bildeten – man kann sagen, sie waren fast überintegriert. Aber man hat sie nicht als echte Deutsche akzeptiert, sie blieben Fremde. Und das hat zu dem bekannten schrecklichen Ergebnis geführt. Deshalb halte ich es für so wichtig, dass wir jetzt Integration betreiben, das heißt, Ausländer zu akzeptieren lernen. Auch was Zuwanderer moslemischen Glaubens betrifft, gibt es zum Teil völlig realitätsferne Vorstellungen, Keiner weiß, dass von den islamischen Zuwanderern nur 20 bis 30 Prozent die Moscheen besuchen, dass von diesen 30 Prozent vielleicht drei bis fünf Prozent extremen Gruppen zuneigen.

Immer wieder wird vor so genannten Parallelgesellschaften gewarnt. Sind sie problematisch?

Auch dieses Beispiel zeigt, dass wir eine Gesellschaft sind, die sich am Ideal einer kulturellen Homogenität orientiert – die es nie gegeben hat. Ich weise auf die großen Probleme hin, die die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg hatten, wenn sie aus Schlesien etwa in bayerische Dörfer kamen. Es dauerte oft sehr lang, bis sie akzeptiert wurden. Wir haben in unserer Gesellschaft de facto schon unendlich viele Parallelgesellschaften. Ich zum Beispiel lebe in einem Dorf, in dem Alemannisch gesprochen wird, was ich nicht verstehe. Wir sind eine pluralistische Gesellschaft mit unendlich vielen kollektiven Lebenswelten, in denen es dem Einzelnen freigestellt ist, dazuzugehören oder nicht, den anderen zu mögen oder nicht.

Und warum haben wir dann solche Angst vor ausländischen Parallelgesellschaften?

Hier muss eine Schwelle übersprungen werden. Wir müssen noch mehr lernen, mit kultureller Pluralität zu leben. Wir haben uns ja mit den Flüchtlingen, die nach dem Krieg kamen, arrangiert. Auch was Ausländer betrifft, ist die Entwicklung viel positiver, als es oft dargestellt wird. Es gibt Umfragen etwa aus Köln, wo die Ausländerfeindlichkeit trotz eines Ausländeranteils von fast 30 Prozent wesentlich geringer ist als in Gebieten mit extrem wenigen Auslän-

dem. In klassischen Einwanderungsländern gibt es viel dichtere Ausländeriedlungen als bei uns. Unsere Ausländer wohnen nur selten in rein türkischen, italienischen oder spanischen Vierteln, wie das in Amerika, Australien und Kanada der Fall ist.

Haben wir etwa zu wenige Ausländer?

Es fehlt der Gewöhnungseffekt, den man von Einwanderungsländern kennt. Natürlich gab es auch in jenen Ländern Fremdenfeindlichkeit, als die Einwanderung begann. In den Vereinigten Staaten besonders stark Anfang des vergangenen Jahrhunderts, als deutsche und irische Katholiken kamen, weil die Amerikaner sich damals als protestantische Nation verstanden. Die politischen Probleme, die es dabei gab, waren eminent. Der Ku Klux Klan richtete sich ja nicht nur gegen Schwarze, sondern auch gegen Katholiken. Die Ablehnung der Katholiken fand erst mit der Wahl John F. Kennedys ein Ende, er war der erste katholische US-Präsident. Ab 1913 gab es in den USA zudem eine Einwanderungsgesetzgebung, die sich mit Quoten vor allem gegen Osteuropäer richtete. Die Quoten wurden erst in den 60er Jahren aufgehoben.

Inwiefern stellen Zuwanderer eine Bereicherung dar?

Zuwanderung würde unsere alternde und schrumpfende Gesellschaft verjüngen helfen, sie würde Dynamik hereinbringen und – man darf das ruhig sagen – auch mehr Konkurrenz. Wir sind eine Gesellschaft, der es verdammt gut geht, die die meisten Urlaubstage und die geringsten Arbeitszeiten unter allen Industriestaaten hat – und das können wir uns auf die Dauer nicht mehr leisten. Wenn auf unseren Arbeitsmarkt Leute kommen, die bereit sind, zehn Stunden zu arbeiten, die Familienbetriebe aufmachen, die auch nach 22 Uhr abends offen bleiben, wäre das doch eine schöne Sache. In Deutschland muss erst noch das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Einwanderung nichts Negatives ist, sondern dass sie uns bereichern kann. Pluralistische Gesellschaften sind interessanter und vitaler als künstlich gleichgeschaltete Gesellschaften.

Das Gespräch führte
Ulrike Schnellbäch

ZUR PERSON

Der Freiburger Politologe Dieter Oberndörfer (73) forscht seit Jahren zu Fragen der Zuwanderung und der demografischen Entwicklung in Deutschland. Schon lange bevor die Debatte über das Zuwanderungsgesetz in Gang kam, plädierte er für ein liberales Einwanderungsrecht und einen toleranten Umgang mit Ausländern. Oberndörfer ist CDU-Mitglied und Vorsitzender des Rats für Migration, in dem sich die wichtigsten Migrationsforscher Deutschlands zusammengeschlossen haben. (Informationen im Internet: www.rat-fuer-migration.de).